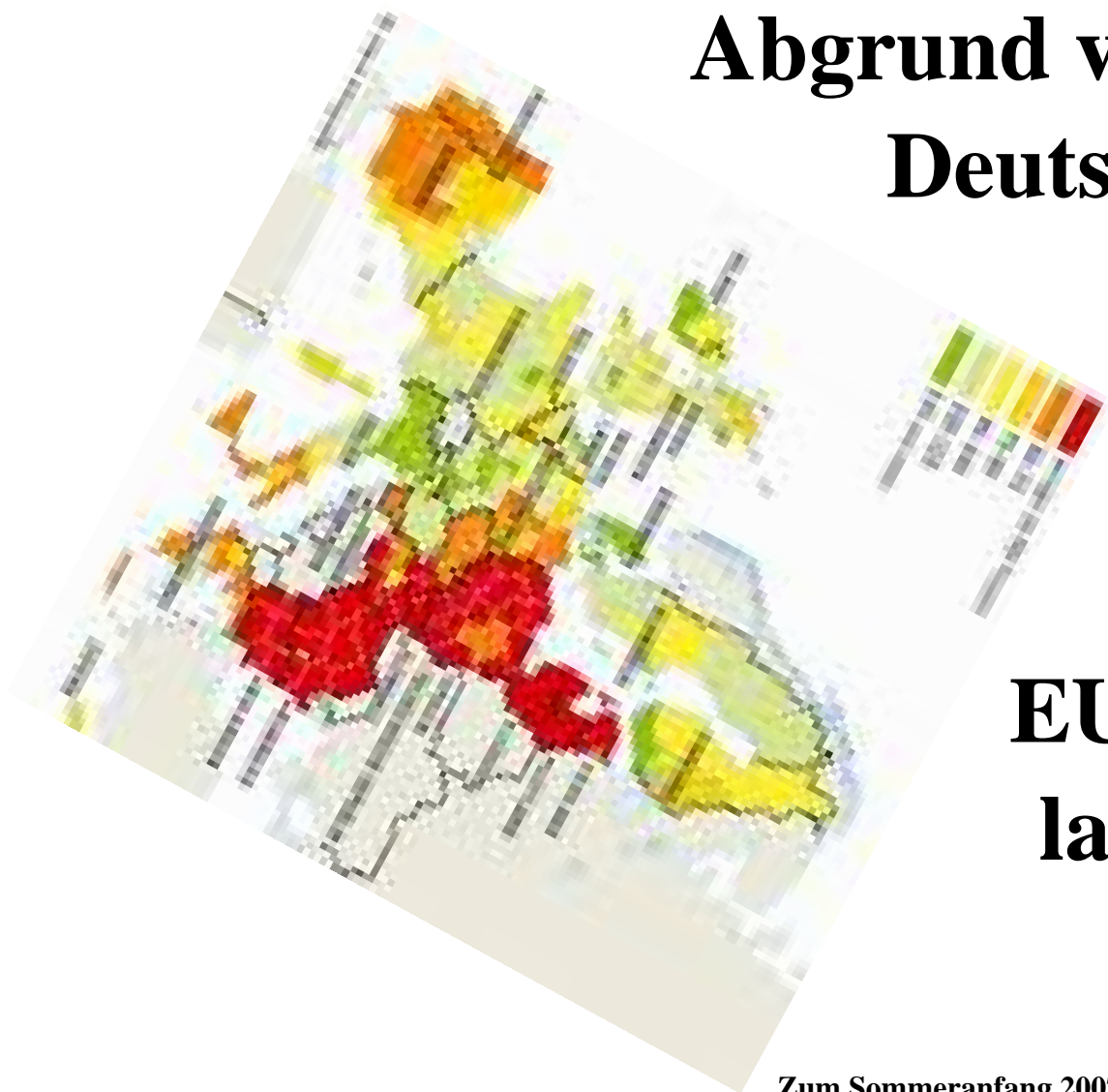


Ein Schritt näher am Abgrund von Deutsch-

EURO- land



Zum Sommeranfang 2007

Inhaltsverzeichnis

1. Übergang von der EU-Wirtschafts- und Währungsunion zu einer politischen Union?
2. Aufgaben und Grenzen der EU-Kommission
3. Kernbestandteile national-staatlicher Politikfelder
4. Zu den Schwierigkeiten der Ideologie-Produktion einer „natürlichen“ Europäischen Union – außerhalb BRDeutschlands
5. Modernisierung der deutschen Ideologie – DEUTSCHLAND IST EUROPA
Die arbeitende Klasse Abteilung BRD – wie der HERR so das GESCHERR
6. Thesen als Schluss

Zur Konzeption 'konkurrierende nationale Gesamtkapitale' vs Imperialismustheorien
(Das gesellschaftliche Gesamtkapital - und dessen Unterscheidungen zum Weltmarkt
ANHANG aus: Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht - Flugschrift 1. Mai 06)
<http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>)

Zur Konzeption 'konkurrierende nationale Gesamtkapitale' versus Imperialismustheorien

- Die **Kontinuität roher deutscher Außenpolitik** – sei es nun in der EU bezüglich deren politischen Integration, im taktierenden Verhältnis zu den USA, in der UNO-Arena bezogen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, im überstürzten militärischen Dilettantismus – ist nicht der Bosheit der Deutschen geschuldet, sondern soll im Folgenden **skizzenhaft aus der gesetzmäßig notwendig aggressiven Außenpolitik des hiesigen nationalen Gesamtkapitals abgeleitet werden**.
- Diese **Hypothese** beruht auf den **Bestimmungen eines jeden gesellschaftlichen Gesamtkapitals**, wie sie an anderen Stellen ausgeführt wurden – siehe ANHANG.
- Anstatt auf **konkurrierende Einzelkapitale & 'Finanzkapital'** fixierten Imperialismustheorien wird hier eine **Konzeption des Konkurrenzkampfs der nationalen Gesamtkapitale** in Stellung gebracht. Hiernach greift die Kategorie **nationales Gesamtkapital** als allgemeine Bewegungsform des Kapitals über die Kategorie Einzelkapital als deren einzelnes Bewegungselement hinaus. Sie bildet den nationalen Rahmen, in welchem sich der Wert als Gesetz der Produktion und Zirkulation durchsetzt. Das nationale Gesamtkapital ist der Grund und die Bewegungsform für alle gesellschaftlichen Durchschnittsbildungen – insbesondere für seine *wesentliche* Eigenschaft der Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate hin zur Bildung des gesellschaftlichen Durchschnittsprofits.
- Die **gesellschaftlichen Gesamtkapitale grenzen sich als eigenständige stoffliche und wertmäßige Reproduktionseinheiten territorial voneinander ab entlang ihrer unterschiedlichen Verwertungshöhen**. Als sich selbst verwertende Kapitalmassen – unterschiedlicher *Profit-* und *Akkumulationsraten* – sind sie in Konkurrenz zueinander gesetzt. **Sie flankieren sich politisch in der Form von Nationalstaaten** – denen nur das Eine gemeinsam ist: ihre Interessen bezüglich ihres Außenverhältnisses zu den anderen Nationalstaaten stehen im ökonomischen Gegensatz zu einander.
- **Weil auf diese Weise der äußere Handel selbst zum Politikfeld gerät, erscheinen die Nationalstaaten selbst als integrierte Teile des Weltmarkts** – und nicht ihre nationalen Gesamtkapitale, deren Gesamtheit jedoch tatsächlich dessen Mitbewerber sind.
- Die **Fähigkeit zur Konkurrenz** der nationalen Gesamtkapitale am Weltmarkt ist naturwüchsiger Ausdruck ihrer **unterschiedlichen Produktivität**. Diese korreliert sehr stark mit ihrem jeweiligen *bloßen quantitativen Größenumfang*. Vergleichender Maßstab ist die Abstufung ihrer BIP's nach ihrem *bloßen quantitativen Größenumfang*. Das BIP als die zwischen den Klassen Bourgeoisie und Proletariat, sowie Staat zu verteilende Jahres'frucht' des nationalen Gesamtkapitals (in Wirklichkeit: der nationalen Gesamtarbeit) ist Gradmesser von dessen Profitabilität.
- Also sind die **nationalen Gesamtkapitale als Rahmen und Grund der Bildung des gesellschaftlichen Durchschnittsprofits bestimmend für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer industriellen Einzelkapitale am Weltmarkt**. Umgekehrt verweist deren Durchsetzungsfähigkeit am Weltmarkt auf die kapitalistische *Qualität* des nationalen Standorts zurück.
- **Die großen industriellen Einzelkapitale der reifen nationalen Gesamtkapitale** (wir sehen hierbei zunächst von Rohstoffindustrien als an das Bodenmonopol gebundenen Kapitalmassen ab) exportieren in der Regel Kapital in Form von Ware und buchen den Geld(kapital)rückfluss 'zu Hause' in eigener Währung. Der jederzeit drohende Protektionismus sämtlicher großer Binnenmärkte zwingt sie im nächsten Schritt der (Über-)Akkumulation und der Skaleneffekte wegen, in den anderen großen Binnenmärkten eigene Fabriken zu bauen. Diese nun ergänzen/bauen-aus/stabilisieren die entsprechenden Produktionszweige der dortigen nationalen Gesamtkapitale – tragen also zur gleichmäßigen Entwicklungstendenz bei. Dadurch verschärft sich die Konkurrenz tendenziell auch zu dem 'Heimat'-Standort des Ausgangskapitals. Und die dort erzielten Profite können sie keineswegs nach Belieben nach 'Hause' transferieren. Vielmehr sind sie bei Strafe des Untergangs gezwungen, diese zu reinvestieren und darüber hinaus weitere Maschinerie auf Kreditbasis etc zu ordern.
- **Und was macht nun gerade das nationale Gesamtkapitals Deutschlands so aggressiv? Wo doch alle ihrer Größenordnung und Profitabilität nach in ihrer Akkumulation eingeengt sind durch die zu kleinen Binnenmärkte? ANTWORT: AUSSCHLIESSLICH seine GRÖSSENORDNUNG zwingt es zum ANGRIFF auf den WELTMARKTHEGEMON – ebenso wie Japan, bald China, Indien, Brasilien, Russland – wenn diese nicht aus sozial-ökonomischen Gründen explodieren. UND: die anderen Weltmarktplayer sind schlicht und ergreifend ZU KLEIN.**

Zum Sommeranfang 2007

Auf dem EU-Gipfel in Brüssel erreichte Deutschland – dem Medienspektakel nach zu urteilen – das Kernstück des selbst gesteckten Ziels seiner politischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007. 1 Die EU-Staatschefs vereinbarten einen aus deutscher Feder stammenden (abgemilderten) EU-Grundlagenvertrag für die jetzigen 27 Mitgliedstaaten.

Übergang von der EU-Freizone zur politischen Union?

- Es galt, mit dem **EU-Grundlagenvertrag den zweiten schwergewichtigen Pflug des Übergangs von einer ökonomischen Freihandelszone zu einer politischen Union** einzuschlagen. Dies fällt zwangsläufig in den politischen Führungsanspruch des ökonomischen Euro-Hegemon BRD, um im Kampf um den Weltmarkt zu bestehen.



- **Ein Interesse an einer politischen EU-Union können nur die Kern-EU-Länder Deutschland und Frankreich gemeinsam haben.** Frankreich kann im Alleingang mittelfristig als atomare Mittelmacht keine politischen Großmachtambitionen hegen. Dafür ist sein nationales Gesamtkapital zu gering an Gewicht

im Vergleich zum Größenumfang der nationalen Gesamtkapitale in USA, Japan, Deutschland und linear gedacht China, Indien, Brasilien, Russland. Deutschlands nationales Gesamtkapital wiederum kann seinem Größenumfang nach nur dann zu sich selbst kommen, wenn es mit seinen ökonomischen nationalen Satelliten einen EU-Binnenmarkt schafft, der der Größenordnung nach den heutigen dynamischen Produktivkräften entspricht. Als siamesische Zwillinge erzwangen sie unter governantenhaftem Gehabe von Merkel unter in Kaufnahme diplomatischer Scherbenhaufen diesen für sie notwendigen politischen Schritt von EU-Reform. 2

- Der **EU-Grundlagenvertrag markiert zugleich einen Wendepunkt bezüglich des Projekts einer vollständigen politischen Union Europas.** Es ist die Antwort des politischen Apparats von oben auf die Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs von unten in Frankreich und den Niederlanden. Deutsch-Frankreich vermochte nun nur einige ihrer wichtigsten Knebelmittel durchzusetzen:
 - Reform der politischen Institutionen durch Anpassung des Vertrages von Nizza 2000 und anderen Zwischenschritten an die erweiterte EU zwecks Stärkung ihrer politischer Handlungsfähigkeit nach Innen und in der Weltarena.
 - *Institutionelle Reform:* Abkehr vom Konsensprinzip in vielen wichtigen nationalen Fragen. Hin zu Mehrheitsentscheidungen (jedoch erst ab 2014 auf Grund Polens hartnäckiger Intervention), wenn min. 65% der gesamteuropäischen Bevölkerung hierbei von min. 55% der Staaten vertreten werden.

- *Institutionelle Reform*: Wahl des Ratspräsidenten auf 36 Monate zwecks kontinuierlicher Führung der EU.
- *Institutionelle Reform*: Erarbeitung der Abgrenzungen von EU gegen nationale Aufgaben nach dem Subsidiaritätsprinzip.
- Kein europäischer Außenminister (auf Intervention Englands 3), sondern nur „Hoher Vertreter“, welcher die bisherigen getrennten Funktionen von Außenkommissar und Außenbeauftragter der EU auf sich vereinigt.
- Keine Charta der EU-Grundrechte im Grundlagenvertrag (auf Intervention Englands), sondern dort nur deren bindende Erwähnung.
- Keine Festschreibung des „freien und unverfälschten Wettbewerbes“ im Vertragswerk (auf Intervention Frankreichs).
- Verfahrensregeln: bis Herbst soll das Vertragswerk von Experten fertig gestellt werden. Dann endgültige Besiegelung in einer Regierungskonferenz der Chefs. Der Ratifizierungsprozess in den einzelnen Mitgliedstaaten (in deren Kompetenz die Frage von Referenden steht) soll bis zur Europaparlamentswahlen 2009 abgeschlossen sein.
- Entgegen dem deutschen Gazettentaumel ist dieser EU-Ratsgipfel wahrhaftig keine berauschende Bilanz, wenn wir die deutsche Wunschliste in Betracht ziehen. Der Widerstand gegen die deutschen Hegemonie-Bestrebungen formierte sich in Brüssel in taktischen wechselnden temporären Bündnissen. **Polen hielt den Kopf 4 hin in der Gewissheit, dass das deutsch-französische Hegemoniegehabe allen anderen Staaten zuwiderläuft.** Keines der vom EU-Hauptzahlmeister BRD gekauften kleinen Staaten sprang Polen in der Frage des Modus der zukünftigen Stimmenverteilung bei. Erst die drohende Isolierung Polens durch die BRD lockte Tschechien und Estland aus der Reserve. Ein deutscher Sieg, der das Ende der vollständig politischen EU markiert.
- Heilfroh sind alle underdog Staaten, dass vorläufig die Verpflichtung zur Aufrüstung zur europäischen Armee vom Tisch ist. War dies noch im EU-Verfassungsentwurf ein zentraler Punkt, so macht sich die vielseitige Verschleppungstaktik der unwilligen Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten inzwischen bezahlt. Die **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** dümpelt vor sich hin, nur Frankreich und BRDeutschland agieren aktiv 5 bezüglich der Aufstellung einer 50.000 Mann starken integrierten Krisenreaktionstruppe. Dieser *zentrale* Pflug, der von Deutschland in den Petersberger-Aufgaben 1992 der Ministerrunde ins Heft diktiert wurde, konnte nie wirksam eingeschlagen werden. Das aktuellste online Schriftstück EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT – EUROPÄISCHE SICHERHEITS-STRATEGIE Brüssel, den 12. Dezember 2003 ist Ausdruck der Saft- und Kraftlosigkeit des Aufbaus eines eigenständigen militärischen Arms der EU.
- **Die EU ist von einer kohärenten ESVP weit entfernt.** Dies belegte nicht nur das **politische Agieren der ökonomischen BRD-Satelliten Polen, Tschechien, Ungarn im Verein mit der Achse London-Madrid-Rom im Zusammengang mit den USA im Irakkrieg gegen die Achse Paris-Berlin-Moskau.** Vielmehr zeigt der Coup Tschechiens und Polens in der Stationierung des US Raketenabwehrschilts, dass das historische Gedächtnis dieser Nationalstaaten sich durch die gegenwärtige Politik Deutschlands zwangsläufig ständig an das Münchener Abkommen 1938 erinnert fühlt.
- **Die EU ist erst recht von einer abgestimmten gemeinsamen Außenpolitik entfernt.** Deren Praxis wird nämlich von den jeweiligen nationalen Interessen und historisch gewachsenen Handlungsspielräumen bestimmt. Sie stehen in der Regel im schroffen Gegensatz zu den anderen Nationen. Exemplarisch belegen dies die neuen französischen Vorstöße in der 'Nah-Ost'-Politik unter Sarkozy – der Terraingewinn der einen Seite ist der Einflussverlust der anderen Players of the Great Game. 6

Aufgaben und Grenzen der EU-Kommission

- Die EU-Kommission führt die Geschäfte der Angleichung der EU-Mitgliedsstaaten und ihrer Aspiranten als 'Binnen'markt auf allen Politisch-Ökonomischen Feldern, was das Innere der Nationalstaaten betrifft. (Säule 1 und 3 unterer Abbildung)
 - Dies umfasst die Infrastruktur, Schul-, Hochschul-, Gesundheits-, Norm-, Forschungs-, Technologie-, Handels-, Zollwesen gemäß der internationalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung der kapitalistischen Maschinerie.
 - Zudem die Anpassung der Rechtssphären, insbesondere bezüglich des Schutzes des Privateigentum sowie des Abbaus von Arbeitsrechten.
 - Zudem der Sicherheitsmaßnahmen im Innern und an den Außengrenzen der EU im Kontext von Migrations-, Mafien- und Terrorbekämpfung. Diese Felder werden zugleich ständig von den unterschiedlichsten Staaten boykottiert und

als
nationale
Belange
umkämpft
/verteidigt
/geordnet/
organisiert

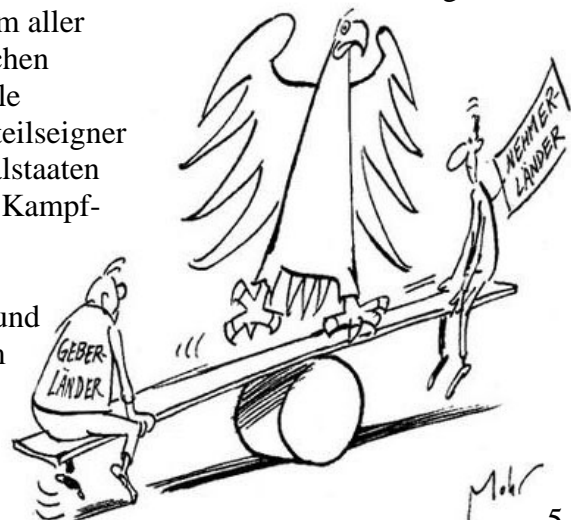


Kernbestandteile national-staatlicher Politikfelder

- Außerhalb der EU-Kommission liegen jene nationalstaatliche n hoheitlichen Felder des Äußeren und

Inneren, die Garanten staatlicher Souveränität sind.

- Hierzu zählen insbesondere die Punkte unter obiger 2. Säule
- Hierzu zählt vor allem auch die nationale Steuerhoheit, welche zugleich die Bonität am internationalen Anleihemarkt gewährt und als abgeleitete BIP-Kennziffer die jeweilige nationale Gewichtung in allen zentralen internationalen politischen und ökonomischen Gremien, Institutionen gründet: wiederum nach dem reinen Quantum aller politökonomischen harten und weichen Kennziffern erfolgt die proportionale Einstufung als Zahlmeister und Anteilseigner und Ertragsempfänger. Die Nationalstaaten spiegeln also in der internationalen Kampf-arena die Quanta ihrer nationalen Gesamtkapitale politisch wieder.
- Hierzu zählt auch die Wirtschafts- und Subventionspolitik zwecks stetigem Umbau des jeweiligen eigenen nationalen Gesamtkapitals.



Zu den Schwierigkeiten der Ideologie-Produktion 7 einer „natürlichen“ Europäischen Union – außerhalb der BRD

- Die zwei Wochen um den EU-Ratsgipfel von Brüssel 2007 waren wiederum ein Meilenstein im Durchpeitschen des deutschen Wesens. Denn schon seit 1876 wusste Berlin immer, was für die anderen Staaten gut ist. **Am deutschen Wesen soll seither die Welt genesen.** Es versteht sich von selbst als der uneigennützigste Beschützer der Kleinen, da es sie gerne aus ihren großen nationalen 'Völkergefängnissen' befreit. Echte humanitäre Missionen a lá Balkan- 8 , Irak-, Afghanistan-, Kongo-, Sudanzerlegung. So schafft sich Berlin gekaufte politische Vasallen in Konkurrenz und Zusammenarbeit mit den anderen Großen des Weltmarkts. Berlin lässt sich deren Gefügigkeit viel kosten. Eine tragende EU-Ideologie liegt allen Vasallen fern – Opportunismus ist als Überlebensstrategie notwendig.
- Bei dem EU-Grundlagenvertrag hatte Berlin schon im Vorfeld aus taktischen Gründen so viele Abstriche gemacht. Nun war Schluss! Berlin schickte seinen Wiener Vasallen zum Rapport ins störrische Warschau und der konkurrierende französische Kompagnon nutzte seine Vermittlungsposition zugleich patronagenmäßig zur Bestätigung der Achse Paris-Warschau. Die deutsche Medienlandschaft gerierte sich wieder freiwillig wie ein verordnetes staatliches Sprachrohr. **Die Hasstiraden zeugen von geschichtsblinder Arroganz des ökonomisch getriebenen ewigen Zweiten des Weltmarkts mit der Furcht im Nacken vor dem historischen Abstieg** hinter die aufsteigenden Nationalökonomien Chinas und Indiens. Ideologische Freunde gewann Berlin am 22.-24.6. wohl kaum unter den 27 Chefs und deren riesigen Arbeitstross.
- **In Warschau herrscht noch größere politische Reaktion als daheim im Westen der europäischen abendländlichen Kultur-Werte-Gemeinschaft. Der Nationalismus dieser geschundenen Nation hat kein ökonomisches Fundament aggressiver Außenpolitik.** Stets sind sie in der Defensive gegenüber ihren Zersetzern in Moskau und Berlin gewesen. Stets sind sie von Frankreich und England schmähdlich im Stich gelassen worden. Da ist die USA das tatsächlich einzige Faustpfand. Und da Deutschland Polen braucht als Landkorridor bis hin nach China, verkauft sich Polens Führung nicht unter Wert an die doitschen Händlerseelen. 9 Polen ist ökonomisch gezwungen, Mitglied der EU zu sein. Die überflüssigen Hände der ländlichen Arbeitsreserve verdingen sich auf den Feldern und Baustellen ganz Westeuropas. Der dort erlebte Alltagsrassismus, dem sie als Enkel ehemaliger Zwangsarbeiter ausgesetzt sind, wird keinen ideologischen EU-taumel erzeugen. Sondern skeptisch nach anderwärtigen politischen Verbündeten suchen als Gegengewicht zum deutschen Europa.



- Die EU-Verfassung wäre sicherlich nicht nur am Votum der Wähler Frankreichs und der Niederlande gescheitert – hätten alle EU-Mitgliedsstaaten sie den ihrigen denn zur Abstimmung vorgelegt. In dieser Gewissheit zog die Mehrheit der Staaten – wenn überhaupt – es vor, diese wie schon die Währungsunion und den jetzigen Grundlagenvertrag an ihren Untertanen vorbei auf parlamentarischem Wege von oben zu „ratifizieren“. Das ist wahre Demokratie – der wahre Geist der EU ist der Freihandel – die Propagierung der Wertegemeinschaft eines Christliches Abendland ist dagegen wahrhaftiges Phantasma pur der Eliten.

Modernisierung der deutschen Ideologie

DEUTSCHLAND IST EUROPA 10

- Nach dem Gipfel von Brüssel erschallte ein Triumphgeschrei in allen deutschen Gazetten. Es ergoss sich die übelste Häme eines mit Minderwertigkeitskomplexen gesättigten Deutschlands über Polens Führung. Und die Online-Kommentare der verehrten Leserschaft zeitigten **die typischen Züge deutscher Verschiebung der Opfer-Täter-Rolle**. 11 Der Michel sieht sich selbst als Opfer – weil Zahlmeister Europas. Dem fällt die Führung von Natur aus zu – das Recht des Stärkeren. Wer nicht kuscht, wird zur Ordnung gerufen, bevormundet, isoliert, als krank gebrandmarkt, erpresst, erzwungen, gekauft, gefeilscht. Die Doitschmän verdrängen dabei, dass das nationale Gesamtkapital der BRD nur durch diese politische aggressive Täterrolle ökonomischer Exportweltmeister mit jährlichen Steigerungsraten werden konnte. Dem doitschen Michel dämmert gegenwärtig langsam, dass auch in anderen Ländern gearbeitet wird und er reagiert regressiv völkisch-gemeinschaftlich mit einem gereizten Sozial-Chauvinismus. 12
- Das vergangene Jahrzehnt fährt der Propagandaapparat unregelmäßig gezielte Kampagnen zur nationalen Erbauung: seitdem **Deutschland ist Papst** und **Du bist Deutschland ist in den Klassenbeziehungen des Kapitalstandorts BRDeutschland einiges Hau-Ruckt** worden. **Deutschland ist Exportweltmeister** und **die arbeitende Klasse lebt wieder von der Hand in den Mund**. Das als Seelentross erhoffte Fußball-Weltmeister-Sommermärchen **Zu Gast bei Freunden** platzte an unserer ersten Gastarbeiternation des mythisch verdunkelten Wirtschaftswunders nach 1949. **ABER: endlich und seitdem darf wieder Flagge gezeigt werden**.
- **Und die Resultate des wohl dosierten, medial inszenierten, permanenten Klassenkampfes von oben können sich sehen lassen:** Ausgangs des Jahres 2006 bejahen über 80% der Bundesbürger die Fragen, ob sie auf ihr Land stolz sind und ob Deutschland selbstbewusster mehr Verantwortung in der Welt übernehmen soll. Heute 2007 belegen die Umfragen, dass die früher europa- und €uroskeptischen Deutschen mehrheitlich für eine politische Verfassung Europas sind – obgleich sie ihnen nie zur Abstimmung vorgelegt wurde. Offensichtlich gefallen sich die Deutschen in der neuen Zuchtmeisterrolle Europas. Ansonsten wäre nicht aus allen Lagern jener Hass und Häme über die politischen Abweichungen Polens beim jetzigen Ratsgipfel in Brüssel ausgekübelt worden. Überall im deutschen Alltagsleben sind die Minderwertigkeitskomplexe fehlender Identitätsbildung im Konkurrenzkampf der Nationen spürbar.
- **Inzwischen, 2007 ist es offensichtlich, dass innerhalb der BRDeutschland der latente und verschämte Nationalismus beider großen Lager von Bourgeoisie, arbeitender Klasse samt Zwischenschichten innerhalb eines Jahrzehnts durch die moderne Medienmaschine neu ausgerichtet wurde.** 13 :
 - **Liberale Bourgeoisströmung**
Zeitgerecht erschien 1997 das Buch von Dietrich Schwanitz 14 , in dem der deutschen Bourgeoisie der Spiegel des Umgangs ihrer feindlichen englischen Brüder mit dem Antisemitismus vorgehalten wurde. Hieran schließt die anglophile liberale Reemstma-Strömung der (Groß)Bourgeoisie ideologisch an. Ihrem sich entwickelnden Selbstverständnis nach sind sie die Repräsentanten des Neuen Demokratischen Deutschlands mit einem Tross von Ideologen.
 - **Wertkonservative mittlere/große Bourgeois-Hauptströmung**
Es ist ihr Versuch der Abgrenzung von der überkommenen übermächtigen wertkonservativen, provinziell und ständisch geprägten Hauptströmung der Mittleren/Großen Bourgeoisie in Deutschland. Deren Staatsverständnis ist das eines Starken Staates der preußisch-bürokratischen Ordnung. Sie sind die

bürgerliche Charaktermaske der deutschen Misere, haben seit 1848 Angst vor der Revolution der arbeitenden Klasse, gehen eher mit feudal-rückwärts-gewandten Bourgeoischichten zusammen, als dass sie mit der liberalen Strömung zusammen die massenhaft rudimentären feudalen Überbleibsel der BRDeutschland 15 in die historische Mülltonne befördern.

○ **Über die besonderen Stände der deutschen Provinz**

Nicht zuletzt zählt zu dieser Strömung das gehobene Spießbürgertum der 2000 Kleinstädte und X00 mittleren Provinzstädte mit ihren jeweiligen wenigen mittleren Industriellen als Monopolnachfrager nach Arbeitskraft. Nicht zu unterschätzen ist hier der Einfluss des Landadels, welcher als Teil der europäischen Adelsgesellschaft mental nie Abschied nahm von der Gliederung Europas als Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Hierin wird der Adel nur noch übertroffen vom katholischen Klerus, dessen Transalpinismus die Unfehlbarkeit des Papstes über jedwedes nationales Recht stellt. Dieses ständisch agierende Segment trägt das Banner der Reichsidee 16 in der Provinz.

● **Ideologie des Starken Staates unter Rückgriff auf Carl Schmitt**

Roman Herzog zog als Politiker und Staatsrechtler das Gerippe der Staatsauffassung von Carl Schmitt aus der historischen Gruft und bot sie Hau-Ruck an. Der publizistische C. Schmitt-Hype war die ideologische Begleitmusik dazu, wie die Staatsraison in Gestalt der Regierung als dem geschäftsführenden Ausschuss ihre Definitionsgewalt laufend durchsetzt. Demokratieverständnis a lá furor teutonicus.

● **Dezisionismus als erneuerte Staatsraison der Berliner Republik**

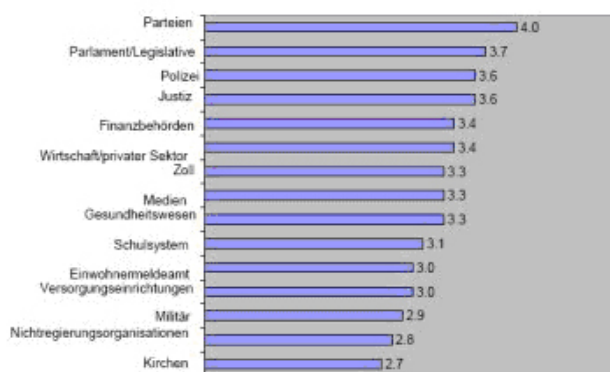
So wurde der Selbstverteidigungsfall der BRD entgegen dem geltenden Völkerrecht nach politischem Gutdünken ausgeweitet. Danach verteidigt sich die BRD zurzeit am Hindukusch. Und in manch anderem garstigen Landstrich. Und die militärische Zerlegung der BR-Jugoslawien wurde als Durchsetzung der Menschenrechte mit Auschwitz-Vergleichen propagiert. Der alte deutsche Reflex „Serbien soll sterbien“ wurde so genial inszeniert, wie es dem alten Göbbels nicht besser gelungen wäre. Ein eklatanter Bruch des Völkerrechts der strikten Heraushaltung aus dem Inneren eines anderen Staates. Und was sagt das angerufene Bundesverfassungsgerecht zu diesen fortwährenden Brüchen des Grundgesetzes? Es winkt alles durch. Wenn die Entscheidungen zu militärischen Interventionen der Bundeswehr der letzten 10 Jahre nicht Dezisionismus 17 reinsten Schmittschen Wassers sind, was dann? Und alle Klassen haben sich schon daran gewöhnt.

● **Das propagierte Wertesystem und die verkommene Praxis der Führungseliten**

Diese staatliche Ordnung kann das Wertesystem der alten Ordnung nicht zurückholen. Die Propagierung einer deutschen/abendländischen „Leitkultur“ ging Mangels gelebter Inhalte gründlich in die Hose.18 Die preußischen Tugenden erweisen sich in allen Lebenssphären als Wunschdenken. Die politischen / staatsapparatischen und privatwirtschaftlichen Eliten zeigen in obszöner

Gier ihren Bereicherungstrieb. Die Führungs- und Funktionseleiten des nationalen Gesamtkapitals in all seinen Gliederungen sind korrupt und inzwischen erscheint jede Bilanz kriminell gefälscht – im Gerechtigkeitsverständnis der arbeitenden Klasse. Hieraus erwachsen keine nationalen Erweckungen, sondern der Freibrief für alle, sich schamlos zu bereichern nach dem Motto – **ABZOCKE IST GEIL !**

Besonders von Korruption betroffene Sektoren und Institutionen
(1 – gar nicht korrupt... 5 – besonders korrupt)



Quelle: Transparency International Korruptionsbarometer 2004

Die arbeitende Klasse Abteilung BRD – wie der HERR so das GESCHERR

- Für das gemeine 'Volk' fährt der Propagandaapparat gekonnt die überkommene Doppelschiene des Teile und Herrsche der Klassenspaltung:
 - Die **Islamophobie** wird nach dem 11.09.2001 kontinuierlich auf jene irrationale Dimension gehoben, wie sie das Gedicht: „Als Kaiser Rotbart lobesam, ins heilige Land gezogen kam, ..“ in Generationen von Schülern erzeugte. Ihre erste Funktion ist, die hehren Werte der Abendländischen-Christlichen-Wertegemeinschaft zu mindestens ideologisch am Leben zu halten. Sie dient der Identitätsstiftung der EU: die Bevölkerung kann auf Europa nur eingeschworen werden als Notgemeinschaft. Ihre zweite Funktion ist das Heer der Arbeitsimmigranten unter Generalverdacht zu stellen.
 - Gleichzeitig wird die **völkische Nähe zu den arabischen Ländern** auf dem geistigen Niveau des Karl May gefördert durch die mediale Omnipräsenz des Palästina-Konflikts zwecks **feindseliger Stellung zum Staate Israel**.
- **Die arbeitende Klasse polarisiert sich zunehmend**
Die EU wird von der Mehrheit der arbeitenden Klasse (aller EU-Staaten) als bürokratische Krake wahrgenommen und als Eldorado der Abzocker. Die politische



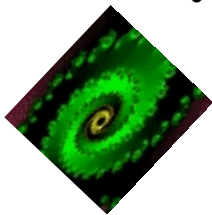
Kaste als Ganze samt ihrer Parteiapparate erscheint praktisch unfähig, die sich aufstauenden Problemlagen zu lösen und die Politiker sind durch den krassen Widerspruch zwischen ihren Wahlverspreche(r)n und ihrem politischen Agieren persönlich vollständig unglaubwürdig. **Wie immer in solchen Krisenzeiten spalten sich sämtliche Lager zunehmend – wie Marx es zuspitzend formulierte – in progressives und regressives Menschenpack.**

- **Regressiver Pol**
Große Segmente des working poor resignieren und verlieren jedes politische Interesse. Die Empörung ist allgemein bis zu Wut und Hass umgeschlagen. – Als Ausweg wird der starke eigene Staat in die Pflicht vor der „Ausländerflut“ genommen. Sollen diese an den EU-Außengrenzen verrecken! Existenzielle Ängste atomisierter Lohnklaverei und selbst arbeitender Kleinunternehmer erzeugen das Bedürfnis nach Sicherheit. Null Toleranz wählt rechts der Mitte, wo sich *alle* Parteien hin laufend neu justieren.
 - Hierzu zählt auch die neue alte DIE.LINKE. Sie fischt populistisch im rechten Wählerspektrum und wirft sich in kopfloser Volksfrontmanier reaktionären Kleinunternehmern, den Pfaffen und 'Studierten' an die Brust. Statt die Interessen der gesamten arbeitenden Klasse zu vertreten, spielen sie sich moralinsauer als die parlamentarischen Gutmenschen aller Looser auf.
 - Gestandene Teile der aktiven Arbeiterarmee wählen dagegen die sich klug national-sozial gebende NPD als einziger Strömung, die Tacheles redet.

- Die **progressive Minderheitsströmung** diskutiert unorganisiert gesellschaftliche Alternativen jenseits der Einbindungsversuche der erstarrten Parteien & Sekten 19 :
 - Der Kapitalismus wird inzwischen in keinem der bürgerlichen Lager mehr als letztes Wort der Geschichte aufgefasst. Der schrankenlose Akkumulationstrieb des Kapitals steigert sich stetig mit seinem zunehmenden gesamten globalen Größenumfang. Als gesellschaftliches Machtverhältnis tritt uns das Kapital als ungehemmter, maßloser Vampir entgegen, in dessen Profitabilität GOTT-GLEICH die Entscheidung liegt, ob und wie viele Arbeitskräfte es an- und aussaugt und dadurch ein lokales Gesellschaftsverhältnis aufspreizt – aufrecht erhält – oder vernichtet. Wie sollen allumfassende Existenzängste, individuelle Perspektivlosigkeit und hochtrabende Europa-Ideologie zusammengehen?
 - ALLERDINGS: wie schon an manch anderer Stelle angemerkt: **die progressive Minderheitsströmung der arbeitenden Klasse sämtlicher entwickelter Industrieländer ist inhaltlich und organisatorisch überhaupt nicht gerüstet für die historischen Aufgaben, welche in der sich anbahnenden Großen Weltwirtschaftskrise auf das Proletariat zukommen.** Was an anderer Stelle zu behandeln ist.

THESEN ALS SCHLUSS

- **Nach Vorstehendem kann Deutschland nur ein als politische Einheit agierendes Europa brauchen als politisch-militärische Flankierung des ökonomischen Konkurrenzkampfs** ihrer hoch verflochtenen nationalen Gesamtkapitale mit denjenigen der USA, Japan und Brasilien, Russland, Indien, China. Als Einzelne laufen die nationalen Gesamtkapitale der europäischen Länder Gefahr, herabzusinken zur Bedeutungslosigkeit, gar zu Grunde zu gehen an zu geringem Größenumfang.
- **Keineswegs lösen sich hierbei die nationalen Gesamtkapitale der EU zu einem europäischen o. ä. Gesamtkapital auf. Vielmehr wird sich ihre Konkurrenz auf Grund ihres ungleichmäßig entwickelten Stands 20 verschärfen – bis hin zur Separation ihrer nationalen Gesamtkapitale in regionale Rumpf(gesamt)kapitale und damit zusammenhängender Sezession als neu-ausgerufenen Nationalstaaten 21 .** Jetzt im Boom wird dies sichtbar an den Protektionen ihrer großen Einzelkapitale (der Infrastruktur, Rüstung, Grundversorgung) gegen deren Übernahmeversuche durch ausländische Konkurrenten 22 . Wie ruppig es dann erst im nächsten crash zugeht, werden wir schneller und härter erleben, als es manchem lieb ist. Und ihre nationalen Politiken belegen laufend, dass die Nationalstaaten keineswegs verschwinden. **Die Vereinigten Nationalstaaten von Europa sind unmöglich nach den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise.**
- **Ein kohärenter ideologischer Überbau eines Europäischen Staatenbundes ist nicht in Sicht und wird es noch weniger geben mit den zwanghaften Hegemoniebestrebungen der konkurrierenden Kernländer Deutschland und Frankreich.**
 - **Faktisch stehen wir jetzt Anfang August 2007 vor dem Kollaps des Weltkreditsystems.** Erstmals fallen der 30-jährige Krisenzyklus des Immobilienkapitals und der 10-jährige Krisenzyklus des Industriekapitals 23 im Hauptland USA zeitlich zusammen. Was nur in eine Große Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes münden kann. Ob der Euroraum die Wucht dieser Kredit- und dann Geldkrise 24 überstehen wird, ist mehr als fraglich. (Japan hat sich nach 15 Jahren bis heute nicht von einer solchen synchronen Krise erholt, und diese traf Japan isoliert). Die Weltwirtschaftskrise werden wir an anderer Stelle analysieren 25 .



Das gesellschaftliche Gesamtkapital – (3. Überarbeitung 08.08.2007) und dessen Unterscheidungen zum Weltmarkt

- die Kategorie **Weltmarkt** ist der dialektische Gegenpol der Kategorie **Binnenmarkt** – letzterer ist jeweilige territoriale Produktions- & Zirkulationssphäre eines bestimmten nationalen Gesamtkapitals, ersterer ist in seiner territorialen Ausdehnung unbestimmter Außenmarkt aller nationalen Gesamtkapitale. **Lokalität, Nationalität, Globalität als nichtidentische, gar widersprüchliche Momente der (identischen = einheitlichen) Kategorie Kapital.**
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital wird konstituiert durch und reproduziert sich als Totalität der Verschlungenheit sämtlicher Einzelkapitale** stofflich *und* wertmäßig als *territorial abgegrenzter Wirtschaftskreislauf* und erscheint *verkürzt* als BIP – der **Weltmarkt** setzt sich dagegen zusammen als Integration der **territorial gegliederten nationalen Gesamtkapitale** – stofflich sicherlich eine eigenständige Qualität, ein Ganzes, das sich jedoch nicht als Weltwirtschaft *eigenständig* wertmäßig reproduziert – sondern in ihrer gegenseitigen Bilanzierung mittels Krisenmechanismen ausgleicht.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital begründet „seinen“ Nationalstaat** materiell und ideologisch und bestimmt nach den Maßgaben der auf seinem Territorium angelegten Kapitalwerte (fixes Kapital – MEW 24, S.168) die vier *Funktionsräume des Staatsapparats* (Infrastruktur, Rechtssphäre, Niederhaltung des Proletariats mit Zuckerbrot-Peitsche, Außenpolitische Absicherung) – hierbei ist es vollständig gleichgültig, ob nun in- oder ausländische Personen den Besitztitel dieser Anlagevermögen innehaben.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital kennzeichnet sich durch die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate** innerhalb und zwischen den Branchen zu einer *allgemeinen Durchschnittsprofitrate* durch ausgleichende Kapitalbewegungen – die Höhe der Profitrate korreliert in erster Linie mit der **durchschnittlichen gesamtgesellschaftlichen Produktivkraft** und keineswegs mit dem Technikstand *einzelner* Fabriken – wogegen diese Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate zwischen den Gesamtkapitalen durch die Hemmung der Kapitalbewegungen auf dem Weltmarkt gebremst ist – woraus der Unterschied der Profitratenhöhe der verschiedenen ‘nationalen’ Gesamtkapitale folgt und ihre gegenseitige Abstoßung voneinander, die sich in der Weltmarktkonkurrenz zum nationalen politischen Gegensatz heraussetzt.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital schliesst die Kapitalisten erst zu einer nationalen Klasse zusammen** dadurch, dass die Ausgleichung der Profitrate jedem von ihnen auf dem Binnenmarkt pro eingesetztem Kapitalwert gleich hohen (Durchschnitts-)Profit beschert und sie somit antreibt, das Proletariat auf eigenem betrieblichem wie nationalem als auch globalem Territorium zwecks Erhöhung der Profitrate ökonomisch und politisch – wenn es sein muss militärisch – niederzuhalten mittels ihrer Staatsapparate und komplementärer transnationaler Organisationen.
- **Es erzeugt jene gesellschaftlichen durchschnittlichen Produktionsbedingungen**, unter denen ein einheitlicher nationalterritorialer Wertbildungsprozess als Durchsetzung des Wertes als Gesetz der Produktion und Zirkulation des Kapitals als einem Binnenmarkt überhaupt erst praktisch wahr wird.
 - **Das gesellschaftliche Gesamtkapital erzeugt also die durchschnittliche Arbeitskraft**, die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit(en), durchschnittliche Produktivität sowie Intensität der Arbeit, durchschnittliche Mehrwertraten, durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals, durchschnittliche Umlauf-, sowie Umschlagzeiten des Kapitals
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital setzt tagein, tagaus die gesellschaftliche Gesamtarbeit als kombiniertem Arbeitstag gesellschaftlich und betrieblich gegliederter Arbeitsteilung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in Bewegung**, die ihre absolute Grenze im Umfang und Wachstum der Bevölkerung hat.
- **Das gesellschaftliche Gesamtkapital reguliert seine Reproduktion mittels Krisenmechanismen als Allgemeines Gesetz der Akkumulation**: relative Mehrwertproduktion also steigende organische Zusammensetzung *c/v* und absoluter Größenumfang gehen einher mit **Produktion einer zunehmenden relativen Überbevölkerung (industrielle Reservearmee)** und somit Ankettung der arbeitenden Klasse ans Kapital.

ENDNOTEN

1 Und während die arbeitende Klasse in Deutschland ahnungslos über ihre schrumpfenden Einkommen jaulte, sprach Frau Merkel schon beim Positionspapier „Berliner Erklärung“ als deutschem Diktatversuch im Vorfeld des Brüsseler Gipfels KLARTEXT:

Newsletter vom 25.03.2007 - **Eine Frage von Krieg und Frieden in Europa**
BERLIN/GÜTERSLOH (Eigener Bericht) - Die seit Tagen anhaltenden Auseinandersetzungen um die "Berliner Erklärung" gehen trotz der heute stattfindenden Unterzeichnung unvermindert weiter. Dreh- und Angelpunkt der Kontroversen ist ein angekündigtes Ersatzpapier für die gescheiterte EU-Verfassung, deren Inhalte unter anderem Titel übernommen und schnellstmöglich ratifiziert werden sollen. Diese Festlegung ruft in mehreren europäischen Hauptstädten schweren Unmut hervor. Wie die Bertelsmann-Stiftung, der einflussreichste deutsche Thinktank, erklärt, muss die "europäische Einigung" weiter vorangetrieben werden; die heftig umstrittene EU-Verfassung solle "lediglich der Ausgangspunkt" sein. Die Stiftung hat erst kürzlich Spitzenpolitikern aus 20 europäischen Staaten und den USA ein Konzeptpapier über die "strategische Neuorientierung" des Staatenbundes vorgelegt und plädiert dafür, in einem ersten Schritt alle nationalen Streitkräfte zu einer einheitlichen europäischen Armee zu verschmelzen. Die deutsche Kanzlerin hat diesen Vorschlag übernommen. Frau Merkel warnt davor, sich der sogenannten Integration zu verweigern: **"Die Idee der europäischen Einigung ist auch heute noch eine Frage von Krieg und Frieden."** Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56795>

2 Newsletter vom 24.06.2007 - **Peace in our time**

BERLIN/WARSCHAU (Eigener Bericht) - In einem gesamteuropäischen Desaster und mit schweren zwischenstaatlichen Verwerfungen beendet die Bundesregierung ihre EU-Ratspräsidentschaft. Um die deutschen Vorstellungen beim Brüsseler EU-Gipfel durchzusetzen, hatte Berlin den Warschauer Verhandlungsführern Zwangsmittel angedroht. Warschau werde ein Veto "nicht lange durchhalten", hieß es am Freitag Abend aus deutschen Verhandlungskreisen in erpresserischer Absicht. Erst nach Vermittlung mehrerer Regierungschefs aus deutschen Gefolgschaftsstaaten lenkte die polnische Seite ein. Ihre Hoffnung auf eine offene Revolte gegen den europäischen Führungsanspruch der Bundesregierung erfüllte sich zum wiederholten Male nicht. Man habe mit Warschau "Poker gespielt", was zwar riskant gewesen sei, sich aber schließlich gelohnt hätte, schreibt die siegesbewußte Berliner Presse und betont, das "renitente" Polen wäre mit deutscher "Härte" "auf Linie gebracht" worden. Der herausfordernde Auftritt der deutschen Ratspräsidentschaft hinterläßt kaum heilbare Wunden und etabliert die EU als eine öffentlich erkennbare Zwangsvereinigung. Europäische Klein- und Mittelstaaten stehen unter dem Kuratel weniger Nationalgrößen - mit Berlin an der Spitze. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56900>

3 Es liegt in der spezifisch historischen Form der Konkurrenz, dass England als abgestiegene Weltmacht Nr.1 dem 3. deutschen Anlaufversuch zur Weltmacht am entschiedensten im Vorfeld nicht nur des jetzigen Brüsseler Gipfels entgegenarbeitete:

Newsletter vom 23.03.2007 - **Nicht hinnehmbar**
BERLIN/PRAG/LONDON (Eigener Bericht) - Die von der deutschen Regierung initiierte "Berliner Erklärung" der EU stößt auf Protest. Der Staatspräsident Tschechiens, Václav Klaus, behält sich vor, der Deklaration die Zustimmung zu verweigern, und kritisiert das undurchsichtige Vorgehen des deutschen Bundeskanzleramts. Wie der tschechische Delegierte für die angeblich gemeinsame Arbeit aller EU-Staaten an der "Berliner Erklärung" mitteilt, stellt die Bundesregierung ihn und seine Kollegen vor vollendete Tatsachen und verhindert eine angemessene Debatte über das umstrittene Papier. Kanzlerin Angela Merkel hat inzwischen angekündigt, die Deklaration als Vertreterin der EU-Ratspräsidentschaft auch im Falle einer tschechischen Ablehnung zu unterzeichnen. Die offen zutage tretende deutsche

Hegemonialpolitik, die das Einstimmigkeitsprinzip der EU eigenmächtig außer Kraft setzt, bestätigt britische Vorbehalte. Es sei "eine Beleidigung für diejenigen, die gegen die Nazis gekämpft haben", dass das Königreich "von einem unter deutscher Kontrolle stehenden Europa" beherrscht werde, sagt der unabhängige britische Labour-Abgeordnete Lord Stoddart of Swindon im Gespräch mit dieser Redaktion. Lord Stoddart kritisiert den Mangel an Demokratie in Brüssel und plädiert für den Austritt Großbritanniens aus der EU. mehr
<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56792>

4 Siehe auch Alan Posener **Es sind die Polen, die Europa retten**
- Kommentare - WELT DEBATTE

Im März 2007 stellte sich die Konfrontation schon wie folgt dar:
Newsletter vom 18.03.2007 - **Konstante der deutschen Außenpolitik**
WARSAWA/BERLIN (Eigener Bericht) - Gegen anhaltenden Widerstand der polnischen Regierung verlangt die deutsche Kanzlerin ein Ende der Diskussionen um die EU-Verfassung. Die "Phase des Nachdenkens" sei "vorbei", sagte Frau Merkel am Freitag in Warsawa, nun stehe die "Phase der Entscheidungen" bevor. Das von Berlin forcierte und trotz ablehnender Referenden neu aufgelegte Verfassungsdokument gibt den großen Mitgliedstaaten "übermäßigen politischen Vorteil", kritisieren polnische Regierungsberater und weisen den Vertragstext weiterhin zurück. Der ultimative Ton der deutschen Ratspräsidentschaft verschärft die bilateralen Spannungen. Um einem deutsch-russischen Bündnis zu polnischem Nachteil zu entgehen, bemüht sich Warsawa um Verteidigungsgarantien der Vereinigten Staaten und bietet den USA polnisches Territorium als Stationierungsort für Abwehrraketen an. Der geplante Schutzschirm müsse in die NATO integriert werden, verlangte die deutsche Kanzlerin jetzt in der polnischen Hauptstadt. Berlin hofft Einfluss auf die Militärplanungen zu gewinnen und eine exklusive Aufwertung Polens in der Bündnispolitik der Vereinigten Staaten zu verhindern. Die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen werden von schweren Vorwürfen gegen deutsche Medien begleitet. Demnach zielen Berichte über den östlichen Nachbarstaat darauf ab, dessen Bevölkerung in "Freunde" und "Gegner" Deutschlands und der EU zu spalten und sie gegeneinander auszuspielen. mehr
<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56783>

5 Dazu das aktuelle Papier der SPD, welches seine Aggressivität hinter dem engelreinselbstlosen deutschen Wesen verbirgt: Positionspapier der AGen Sicherheitsfragen und Angelegenheiten der Europäischen Union (Stand: 27. März 2007- AG-Mitglieder sind die Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels, Jörn Thießen, Ursula Mogg, Steffen Reiche, Andreas Weigel, Michael Roth, Rainer Arnold, Gerd Höfer und Petra Heß) „Auf dem Weg zu einer Europäischen Armee“ http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,8136,00.pdf

Die strategische Vorgabe hierzu kam vom zentralen deutschen think-tank:
„Das Strategiepapier des X. International Bertelsmann Forum erläutert mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft, wie sich Europa in einer globalen Weltordnung positionieren sollte.“
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_18457_18458_2.pdf

Hierzu der News-Volltext von <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56532>
BERLIN 25.09.2006 **Höchste Ambitionen**

(Eigener Bericht) - Auf einer Konferenz im "Welsaal" des Auswärtigen Amtes wurden am vergangenen Wochenende Vertreter fast sämtlicher EU-Staaten in die Vorgaben der Berliner Europa-Politik eingewiesen. Im Mittelpunkt standen die weitere Behandlung der EU-Verfassung, die Herausbildung einer europäischen Staats-"Führerschaft" sowie "Großprojekte" im sogenannten Sicherheitsbereich. Gemeint ist die Aufstellung einer "Europa-Armee" bei gleichzeitigem Ausbau der innereuropäischen Überwachungssysteme. Um den Widerstand der EU-Skeptiker zu überwinden, schlägt die deutsche Außenpolitik eine grenzüberschreitende Kampagne vor, in der "Europa" als "gemeinsame(r) Schicksals- und Zukunftsraum"

präsentiert werden soll. Durch "Personalisierung der europäischen Führungsstruktur", einer Art Polit-Star-PR, und die bewusste "Dramatisierung des Europawahlkampfes" müsse es gelingen, der EU eine neue "Begründungslogik" zu geben, schreiben die Autoren der offiziellen Konferenz-Vorlage. Zu dem Treffen im Auswärtigen Amt kamen die Präsidenten und Ministerpräsidenten mehrerer osteuropäischer Staaten, die Parlamentsvorsitzenden zahlreicher Abgeordnetenhäuser, die Außenminister und Botschafter der wichtigsten EU-Mitglieder, Banken- und Firmenchefs transnationaler Unternehmen sowie deren Polit-Berater nach Berlin. Von deutscher Seite waren u.a. die Bundeskanzlerin, der Verteidigungsminister, die Spitzen des Auswärtigen Amtes sowie gegenwärtige und ehemalige Leiter der Auslandsspionage (BND) vertreten. Angesichts der Bedeutung des Treffens, das die deutsche Steuerung der Europa-Politik erlauben lässt, dokumentiert german-foreign-policy eine **Teilnehmerliste**.

Nomineller Ausrichter der Konferenz war die Bertelsmann-Stiftung, die ihr "International Bertelsmann Forum" zum wiederholten Mal im Auswärtigen Amt (AA) abhalten konnte. Das Treffen stand unter dem Titel "Die strategischen Antworten Europas". Bertelsmann entsandte u.a. die Aufsichtsratsvorsitzenden der Großunternehmen Bayer-Schering und BASF, die bei dem weltweit größten Medienkonzern leitende Positionen einnehmen. Bertelsmann-Veranstaltungen helfen der deutschen Außenpolitik im Vorfeld offizieller Aktivitäten und ermöglichen Abgleiche zwischen Planentwürfen verschiedener Behördenteile. Der massierte Auftritt ausländischer Repräsentanten, die im "Welsaal" des AA auf die Staatsspitzen der Bundesrepublik Deutschland trafen, hoben die Konferenz auf das Niveau eines informellen Gipfeltreffens.

Nicht abstimmen

Das der Konferenz zugrunde gelegte Papier[1] will in drei Themenblöcken "Strategische Antworten Europas" definieren, ohne mitzuteilen, wer die vorausgehenden Fragen stellte und warum die deutschen Autoren der Bertelsmann-Stiftung im "Welsaal" der Berliner Außenpolitik für "Europa" sprechen. Das Papier droht mit einer düsteren Vision, sollte die "künftige politische Ordnung des Kontinents" weiter strittig bleiben. In diesem Fall "könnte das Europa der 25 und bald mehr Staaten erodieren, möglicherweise sogar zerfallen". Dieses Katastrophenszenario dient der Einstimmung auf eine trickreiche Lösung der Verfassungsfrage: Um das in mehreren Abstimmungsniederlagen gescheiterte EU-Vertragswerk dennoch in Kraft zu setzen, empfiehlt man in Berlin, den "Kernbestand" der abgelehnten Verfassung in ein Staatsabkommen zu übertragen - ohne lästige Referenden ("Vertrag zum Vertrag von Nizza"). Auf diese Weise wird den Wählern jede weitere Entscheidung entzogen. In einer offenkundigen Verdrehung der Sachverhalte nennt die Konferenzvorlage den Entmündigungsakt eine "Umsetzung des Grundbestands der Verfassungsreformen". Nicht abstimmen sollen die EU-Bürger insbesondere über die EU-Militarisierung (Rüstungsagentur, "neue Instrumente im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik").

Abstimmen

Der um seine fragwürdigen und bekämpften Bestandteile entleerte Inhalt, den die Autoren einen "verschlankten Verfassungstext" nennen, wäre abstimmungstauglich, heißt es in dem Berliner Konferenzpapier - sofern dieser Text lediglich Absichtserklärungen enthält ("zentrale konstitutionelle Bestimmungen"), während die materiellen "Ausführungsbestimmungen in einen Text unterhalb des Verfassungsniveaus ausgegliedert" werden - für diesen Teil ist die demokratische Legitimation obsolet ("Zweiteilung der Verträge"). Man müsse den EU-Bürgern ein für ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten "lesbares Verfassungsdokument" vorlegen und solle alles andere "den Erfordernissen des europäischen Regierens" überlassen.

Imperial

Zu diesen Erfordernissen gehört ein "Binnenmarkt für Rüstungsgüter", die bei der "Stabilisierung der (osteuropäischen) Nachbarschaft" sowie im Rahmen "weltpolitischer

Mitgestaltung" zum Einsatz kommen können. Das Papier verlangt eine "Erweiterung der EU jenseits des Westbalkans", erwähnt die Erfordernis einer "genuine(n) Strategie für Weißrußland" und die Schaffung einer "Schwarzmeerdimension". Auch "Zentralasien" habe die EU "verstärkt" zu interessieren. Störungen der EU-Expansion könnte mit einer "Europa-Armee" begegnet werden, hieß es im "Weltsaal" des Auswärtigen Amtes am vergangenen Wochenende.[2] "Damit würde das Profil der Europäischen Union auf der internationalen Bühne gestärkt, so dass Europa sich im Konzert der internationalen Mächte verantwortungs- und selbstbewußt einbringen und eine markante gestalterische Relevanz erhalten könnte", wird die imperiale Militarisation umschrieben.[3]

Hierarchisierung

Sollte es dabei zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Staatsführungen kommen, werden die "großen Drei" [4] (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) [5] unter deutscher Führung als "potenzielle Kernländer" [6] handeln: "durch engere Zusammenarbeit in einem kleinen Kreis". Ziel ist es, den USA "als gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe" gegenübergetreten zu können. Die Ausführungen kündigen eine weitere Hierarchisierung der innereuropäischen Rangfolgen an, wobei Konflikte mit kleineren Mitgliedern der EU bewußt in Kauf genommen werden. Die exklusive EU-Spitze der "großen Drei" soll auf diese Weise zum westlichen Hauptkonkurrenten der deutschen Weltpolitik aufschließen - in einem Triumvirat mit Berlin an erster Stelle. Daß die britische Bindung an die USA eine solche Dreieinigkeit verbietet und die "potenziellen Kernländer" auf Deutschland und Frankreich reduziert, bleibt gänzlich unbehandelt.

16 Millionen

Die teils drohenden, teils unrealistischen und wahnhaften Visionen der Berliner Konferenzvorlage werden durch Appelle an die Führungskraft der "europäischen Eliten" gestützt. Sie sollen den "Europagedanken (...) in einer neuen Begründungslogik" bündeln, wozu es eines "Großprojekts" bedürfe. Empfohlen wird die Weckung von Bedrohungsgefühlen ("grenzüberschreitende Kriminalität, illegale Migration, Terrorismus"), die im "Bereich der äußeren Sicherheit" zur Legitimation "einer europäischen Armee" beitragen könnten; "ein äquivalentes Projekt im Feld der inneren Sicherheit" wird noch gesucht. Für Maßnahmen zu ähnlichen PR-Vorhaben, die eine Formierung der zivilen Öffentlichkeit vorsehen, hat die EU-Verwaltung bisher 16 Millionen Euro bereitgestellt.

Bestätigt

Während der zweitägigen Konferenz, an der auch US-Beobachter teilnahmen, darunter der frühere Außenminister Henry A. Kissinger, kam es zu keinerlei Mißhelligkeiten, vorfristigen Abreisen oder anderen Formen ernsthafter diplomatischer Proteste. Die Hinnahme des Konferenzdokuments bestätigt höchste Ambitionen der deutschen Außenpolitik, die im kommenden Frühjahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird.

german-foreign-policy.com dokumentiert die Teilnehmerliste der Konferenz hier

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56531>

[1] Die strategischen Antworten Europas. Strategiepapier für das X. International Bertelsmann Forum 2006, Berlin/Gütersloh 2006; www.bertelsmann-stiftung.de

[2] s. auch Die großen Drei <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56522>

[3, 4] Die strategischen Antworten Europas. Strategiepapier für das X. International Bertelsmann Forum 2006, Berlin/Gütersloh 2006; www.bertelsmann-stiftung.de

[5] Im Original: "Deutschland, Frankreich und Großbritannien"

[6] Die strategischen Antworten Europas. Strategiepapier für das X. International Bertelsmann Forum 2006, Berlin/Gütersloh 2006; www.bertelsmann-stiftung.de

6 Wie bei allen Newslettern von german foreign policy erscheinen die Meldungen surreal aus einer anderen – verschwörungstheoretischen – Welt. Denn sie zeigen einen äußerst platten politischen Reiz-Reaktions-Kosmos auf, der an Primitivität jedwedem MACHT-Klischee topt.

Newsletter vom 07.08.2007 - **Fehleinschätzung**

PARIS/BERLIN/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - Mit vernehmlichen Warnungen drängt Berlin die Regierung Frankreichs zur Preisgabe zentraler außen- und wirtschaftspolitischer Vorhaben des neuen Staatspräsidenten. Anlass sind Pariser Vereinbarungen über Nuklear- und Waffenlieferungen an Libyen. Zwar sind deutsche Stellen seit mehr als einem Jahr in die Vorbereitung der Geschäfte involviert, doch kassiert Paris den politischen Gewinn, um seinen Führungsanspruch gegenüber den nordafrikanischen Mittelmeerstaaten zu demonstrieren. Es handele sich um "unverantwortliche nationale Alleingänge", erklären einflussreiche deutsche Außenpolitiker; in der EU könne "nicht jedes Land nach Lust und Laune agieren". Mit den Beschwerden eröffnet Berlin eine Offensive, die sich auch gegen zentrale wirtschaftspolitische Vorhabendes französischen Präsidenten Sarkozy richtet; sie laufen deutschen Interessen zuwider. Bereits kurz nach der Pariser Präsidentenwahl hatten Politikberater gewarnt, Sarkozys Programm biete "beträchtliche Reibungspunkte mit Deutschland" und nähere "französische Fehleinschätzungen von der Machbarkeit eines 'Europe à la française'". Die Warnungen sind Vorboten neuer Rangkämpfe zwischen Deutschland, der europäischen Kernmacht Nummer eins, und dem Berliner Juniorpartner Paris, der seinen zweiten Rang verlassen möchte.

mehr

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56955>

7 Zur Problemstellung des ideologischen Überbaus einer politisch vollständig integrierten EU siehe auf www.mxks.de den Artikel (insbesondere dortige Endnoten als Belegmaterial)

Historische Ausstellungen zur Propagierung der germano-zentrischen REICHsidee:

„2. Über den Zwang zur Transformation der nationalen Identitäten

zu einer konstruierten europäischen Identität a lá Christlichem Abendland

Die Ökonomie Deutschlands kann seit 1900 mit zunehmender Massenproduktion der Industrie nicht ohne Europa als Exportmarkt existieren. So unmissverständlich ist seitdem der Satz zu verstehen: Deutschland – zuerst Europa und dann die ganze Welt. Andererseits besteht gleichzeitig der Zwang der anderen europäischen Nationen zu einem europäischen Binnenmarkt im deutschen Fahrwasser – wenn sie am Weltmarkt bestehen wollen. So entstand zwangsläufig nach zwei vergeblichen deutschen militärischen Anläufen nach 1949 die EU als Wirtschaftsunion und seit 2001 als Währungsunion. Deutschland drängt mit Frankreich gemeinsam sogar auf eine politische Union gegen den Rest der EU-Nationalstaaten, denen eine reine Freihandelszone ausreichend wäre.

Das Projekt einer vollständigen politischen EU verlangt nach einer EUROPÄISCHEN Identitätsbildung aller Wirtschaftsinsassen. Denn vom Brot allein kann die Psyche nicht leben, die sich tatkräftig für das Projekt EUROPA ins Zeug legen soll. Einerseits ist Deutschland im Vorteil. Alle anderen Nationen haben in ihren Freiheitskämpfen gerade gegen deutsche Besatzungen im letzten Jahrhundert ihre eigene nationale Identität neu ausgerichtet. Daher ist es in diesen Nationen dem ersten Augenschein nach schwieriger, die eigene nationale Identität aufzugeben für eine europäische Identität. Welche als EU zudem noch ökonomisch tatsächlich und politisch nach Absicht von der BRDeutschland dominiert wird.“

8 Siehe hierzu das gerade erschiene Buch:

Rezension: Jörg Becker/Mira Beham: **Operation Balkan**

Ende März 1999 erklärten die damaligen deutschen Bundesminister Rudolf Scharping (Verteidigung) und Joseph Fischer (Auswärtiges Amt) auf einer Pressekonferenz, ihnen lägen "zuverlässige" Informationen über Massaker, Gräueltaten, Konzentrationslager und die Hinrichtung von Intellektuellen in der serbischen Provinz Kosovo vor. Unter der Ägide der serbischen Polizei und der jugoslawischen Bundesarmee finde ein "von langer Hand geplante(r), systematische(r) ethnische(r) Vertreibungskrieg" gegen die dort lebenden Albaner statt, behaupteten die beiden Spitzenpolitiker. Während der folgenden Tage und Wochen

meinte Scharping gar, in die "Fratze der eigenen Vergangenheit" zu blicken; Fischer verglich den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic öffentlich mit Adolf Hitler und sah im Kosovo eine "serbische SS" am Werk. Die sich selektiv auf den Holocaust beziehende Regierungspropaganda, schreiben Jörg Becker und Mira Beham in ihrer aktuellen Publikation über die "Operation Balkan", konnte nur funktionieren, weil "geschlossene Informationskreisläufe in den westlichen Gesellschaften (Politiker, Medien, PR-Agenturen, NGOs, Think-Tanks, Consulting-Firmen, Intellektuelle usw.) - geleitet von politischen und Machtinteressen - durch den Gebrauch einer entsprechenden Metaphorik eine solche Erinnerung evozier(t)en“ Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56920>

9 Dass hegemoniale Zahlmeister sich zur Ausdehnung und Absicherung ihres Herrschaftsgefüges ihre politischen Vasallen kaufen, ist so alt wie die Kasten- & Klassengesellschaften: ca 8000 Jahre. Ein beredtes Exempel hierzu waren (sind) die deutschen UNO-Zockereien im Kontextes der Durchsetzungsversuche eines ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat – deklariert als unumgängliche UNO-Reform. Siehe hierzu Seite 10 - 17 in: **Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht** - Flugschrift zum 1. Mai 2006 <http://www.mxks.de/files/ag/UeberDen3Anlauf.mai06.pdf>

10 Zur Problemstellung des ideologischen Überbaus einer politisch vollständig integrierten EU siehe auf www.mxks.de den Artikel (insbesondere dortige Endnoten als Belegmaterial) **Historische Ausstellungen zur Propagierung der germano-zentrischen REICHsidee: „3. Modernisierte Ideologie vom Heiligen-Römischen Reich Deutscher Nation** BRDeutschland besitzt also mit Blickwinkel Christliches Abendland den Vorteil, nie eine eigene nationalstaatliche Identität ausgebildet zu haben. Denn es hatte vor wie nach 1848 nur ein feiges Bürgertum, welches seine eigene bürgerliche Revolution selbst hintertrieb. Es kroch immer unter den feudalen Rock. Daher herrscht bis heute in Deutschland statt aktiv gelebtem bürgerlichem Nationalbewusstsein a lá Anglo-Amerika feudale völkische Knechtseligkeit mit besonderem Aberglaube aller Klassen an den deutschen Staat. Dieses Volkstum kennt keinen Nationalstaat als Staat der herrschenden Bourgeoisie. Man erträumt sich, mit dieser im selben völkischen Boot zu sitzen. Geographisch umfasst dieses Denken bis heute romantisierend die Reichsidee in damaliger Gestalt des Heiligen-Römischen Reiches Deutscher Nation. Gerade die Französische Revolution löste den provinziellen deutschen Reflex der Romantik aus. Nicht mehr die bildende und berausende Italienreise war angesagt, sondern die innerlich gekehrte Naturbetrachtung von ein paar Kreidefelsen im hintersten kalten Ostseewinkel. Erschienen bis dahin das antike Athen und Rom als historische Heroenzeiten, so erklärten sie diese ab nun als dekadent. Die ideologischen Absonderungen der klassischen deutschen Gelehrten nach 1800 – ihre Büsten stehen in Walhalla – erschufen erst jenen Germanenkult, der den Gemeinsinn der feudal-zerrissenen Teutschen in ihrer lutherischen Zurückgebliebenheit adelte. Dies, indem die Notwendigkeit der blutsgebundenen und dörflich organisierten bäuerlichen Gemeinschaftlichkeit dem Konstrukt des egoistischen calvinistischen Erwerbstriebes „der“ Holländer/Engländer/Amerikaner samt Judentum entgegen gesetzt wurde. Wie hätten sie als feudale Untertanen anstatt des damit herrschenden völkischen ein bürgerliches Bewusstsein entwickeln können? Das Sein bestimmt das Bewusstsein damals wie heute.“

11 Diese Typologie wird angerissen in Teil C: ZU DEN DEUTSCHEN OPFER-TÄTER KONSTELLATIONEN DER DREI ANLAUFVERSUCHE DES DEUTSCHEN KAPITALS ZUR WELTHERRSCHAFT, Seite 56 - 70 in: **Zum Problemkreis des Antisemitismus** – (2000) <http://www.mxks.de/files/mxks/antisemitismus.pdf>

12 Die besondere deutsche Opferrolle ist verschmolzen mit der deutschen besonderen Arbeitsideologie, skizziert in Teil B II: ZUR DEUTSCHEN ARBEITSIDEOLOGIE - Zu Dok-e: Arbeit als Chiffre für Antisemitismus, Seite 48 - 55, in:

Zum Problembereich des Antisemitismus

<http://www.mxks.de/files/mxks/antisemitismus.pdf>

13 Und es sei schon vor der Skizzierung der deutschen Bewusstseinslage hinzugefügt, dass NUR dem Kapital sei Dank die nationalistische Lösung sich in alter Weise nicht wiederholen kann – allerdings modernisiert als sozialdarwinistische Barbarisierung.

14 Dietrich Schwanitz, Das Shylock-Syndrom, Dramaturgie des Antisemitismus.

Frankfurt a. M. 1997

15 Allein die Macht der Bundes-Länder, deren halbfeudale Hofhaltung und Amigo-Seilschaften die arbeitende Klasse den Schweiß von Milliarden Arbeitsstunden kosten, verweist schon auf vormoderne Zustände des politischen Systems. Das Konkordat mit den Kirchen und die Ungeheuerlichkeit des staatlich eingezogenen Steuerzehnten der Kirchen zeigen auf, das Staat und Kirche in der BRD 2007 keineswegs getrennt sind. Die Handwerksordnung IST feudales Mittelalter. Die öffentlichen Defizite in der Versorgung von Vorschulkindern verweisen auf die Familienideologie der weiblichen Herdpflege – die 2007 ausgelöste Diskussion hierüber war sehr amüsant. Das dreigliedrige Schulwesen wie die klassenmäßig faktisch abgeschotteten Hochschulen festigen die überkommenen Klassenschranken. Das Gesundheitswesen wird von über 300 Krankenkassen gemäß des feudalen Flickenteppichs Bismarck'schen Zuschnitts gebeutelt. Das Krankenkassenwesen teilt immer noch ständisch ein: Arbeiter AOK, Angestellte Ersatzkassen, Handwerk Innungskassen, Freie Selbständige Privatkassen, Bauern staatliche Landwirtschaftskassen. Das feudale Chefarztwesen erzeugt jenes Duckmäusertum, wie es gerade im Prozess gegen den „Todesengel“ der Berliner Charitée als Obrigkeitdenken zur Sprache kam. Belassen wir es für heute mit dieser Aufzählung.

16 Keineswegs sind nur die provinziellen Reaktionäre ideologische Träger der REICHSIDEE. Die Reichsidee wird von der deutschen Außenpolitik bis heute regelmäßig ausgespielt, ohne dass die Untertanen davon Notiz nehmen. Siehe auch Seite 57/58 in:

Zum Problembereich des Antisemitismus – (2000)

<http://www.mxks.de/files/mxks/antisemitismus.pdf>

„Und jedesmal ging und geht es aus deutscher Sicht um die entscheidende Zwischenetappe **KERNEUROPA** als dem Weg zur ersehnten Vormachtstellung in der Welt. Deutschlands Grossmachtstrategen kennen und arbeiten seit der Reichsgründung 1871 je nach historischer Machtkonstellation mit drei Modellen **KERNEUROPA**.

MODELL I, das Westmodell: das karolingische Europa Karls des Grossen um 800 unserer Zeitrechnung (Ausdehnung: Atlantik bis zur Elbe, Friesland bis Rom, Barcelona bis Budapest; Strategische Dimensionen: Schwerpunkt (Gravitationszentrum) lag am Rhein, Silberpfennig war gemeinsame Währung, gemeinsame Amtssprache Latein, kluge Ostpolitik und beste Beziehungen zum Kalifen von Bagdad) Dieses Modell ist Leitgedanke der **PANEUROPABEWEGUNG** und wird bis heute favorisiert von Frankreich und Deutschland, BDI/DIHT, CDU, SPD/DGB, GRÜNEN und setzt sich faktisch in abgewandelter Form durch (nach dem Scheitern des Ostblocks praxisgerecht moduliert durch nachfolgende Modelle).

MODELL II, das Mitteleuropamodell: das Reich Otto I. 962, bis Staufer, Salier 1250 (Ausdehnung: Deutschland, Ostfrankreich (Burgund), Norditalien, Brügge bis Zagreb, später Krakau und Riga, Marseille bis Lübeck). Preußenkönig Friedrich II sah sich in dieser Tradition, Wilhelm II und Hitler ebenfalls, und auch heute werden Elemente dieser alten Achsenbildung genutzt. Als sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 die

zuständigen westlichen Siegermächte bezüglich der neu-deutschen Souveränitätsvorstellungen zögerlich zeigten, zog die deutsche Diplomatie ungeniert drohend diese Karte der Abwendung vom Westen.

MODELL III, deutsch-römisches Imperiumsmodell aus der Zeit der Paulskirche 1848: Variation des ottonisch-staufischen Modells: den Kern bilden Österreich-Ungarn und Deutschland. Popularisiert wurde es zwecks Kriegsziele-Propaganda vom damaligen Führer der Liberalen, dem Pfaffen Friedrich Naumann, 1915 in seiner Schrift: "Mitteleuropa": elastisch sollten alle anderen Staaten an den Kern herangeführt werden: Nahziel: Binnenmarkt zwischen Nordsee und Adria, dort Durchsetzung der deutschen Arbeitsweise – Pünktlichkeit, Disziplin, Ausdauer, Präzision. „Die deutsche Wirtschaftskonfession (sic!) soll der Charakter von Mitteleuropa werden“, es wird „im Kern deutsch sein“. Auf diesem Wege sind wir heute ebenfalls praktisch ein Stück weiter, was übrigens durch die Haideriade deutschtümelnd ideologisch aufgeladen wird. Haider erkor sich Mitte der 90er Jahre Friedrich Naumann zum politischen Vorbild.“

17 Zum **Dezisionismus bei Carl Schmitt**, siehe CARL SCHMITT's DEZISIONISTISCHE KERNFORMULIERUNGEN unter: <http://www.mxks.de/files/ag/dezisionismus.html>
„Der einstige offizielle Jurist Hitlers, ... Carl Schmitt, der jetzt nicht nur eine volle Amnestie erstrebt und erhaelt, sondern im Begriff ist, sich zum Rechtstheoretiker des 'amerikanischen Jahrhunderts' emporzuarbeiten, hat die bis jetzt beste Definition der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gegeben: 'cuius economia, eius regio'. (...) Der absolute Weltherrschaftsanspruch der Vereinigten Staaten wird hier mit zynischer Offenheit ausgesprochen; nicht zufaellig ist dieser Ausspruch eine zeitgemaesse Variation des Augsburger Religionsfriedens (cuius regio, eius religio): in beiden werden die nackten Machtverhaeltnisse als absolute Bestimmungen ausgesprochen, nur jetzt natuerlich auf entwickelterer Stufe, darum oekonomisch im Inhalt, absolut in jeder politischen Hinsicht.(...) Darum zeigt Carl Schmitt heute fuer die Vereinigten Staaten die Unvermeidlichkeit des Dilemmas von Isolation und Intervention auf: 'Die Widersprueche stammen aus der ungeloesten Problematik einer Raumentwicklung, die den Zwang enthaelt, entweder den Uebergang zu begrenzbaeren, andere Grobtraeume neben sich anerkennenden Grobtraeumen zu finden, oder aber den Krieg des bisherigen Voelkerrechts in einen globalen Weltbuergerkrieg zu verwandeln.'“ (Lukács zitiert hier Carl Schmitts Bemerkungen zu einer Rundfunkrede Karl Mannheims unmittelbar nach Kriegsende)

18 Sehr schön legten die Unterzeichner des Aufrufs für die Radio-Quoteneinführung deutschsprachiger Musik ihr provinzielles Künstlerniveau frei. Und bei scheinbar fortschrittlichen Dichtern und Denkern der schreibenden Zunft zeitigten sich widerliche nationalistische Alterszüge: Walser, Grass und Habermas – gefallene Koryphäen.

19 **Festmachen lässt sich der ideologische Gärungsprozess unter anderem daran, dass zunehmend Publikationen erscheinen, die Fragen der Übergangsperiode und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion thematisieren.**

20 Deutschlands VWL-Guru spricht von „pathologischem Lernen“
HANDELSBLATT, Sonntag, 28. Mai 2006 **Issing sieht Gefahren für Euro-Raum**
Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Otmar Issing, warnt vor Spannungen in der Europäischen Währungsunion. Im Handelsblatt-Interview räumt er erstmals starke Wettbewerbsunterschiede ein. Besonders zwei Länder hätten Probleme.
mak/noh/kk/scm FRANKFURT. „Einige Mitgliedstaaten haben wegen des anhaltenden Anstiegs der Lohnstückkosten erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verloren und sich damit in eine schwierige Situation manövriert“, sagte Issing dem Handelsblatt. Diese Länder müssten

alles unternehmen, um ihren Kurs zu ändern. Dennoch hält Issing den Bestand der Währungsunion nicht für gefährdet: „Sie ist und bleibt ein Erfolg. Das Mandat und die Unabhängigkeit der EZB bilden ein sicheres Fundament“, sagte Issing, der am Mittwoch turnusgemäß aus dem EZB-Direktorium ausscheidet.

Wie Issing befürchten auch andere namhafte Ökonomen durch das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder Konflikte in der Währungsunion. „Spanien und Italien haben unter den großen Ländern die größten Probleme“, sagte Thomas Mayer, Chefvolkswirt Europa der Deutschen Bank. Unter den kleineren Ländern fallen vor allem Portugal und Griechenland zurück. Mayer schließt „politische Konsequenzen bis hin zu Bestrebungen nach einem Ausstieg aus der Währungsunion“ nicht aus. Bereits im letzten Sommer hatte die damalige italienische Regierungspartei Lega Nord die Rückkehr zur Lira gefordert.

Bislang hat sich die EZB zu den wachsenden Wettbewerbsunterschieden in der zwölf Staaten umfassenden Währungsunion allenfalls indirekt durch Appelle zu Strukturreformen geäußert.

Der US-Ökonom Nouriel Roubini kritisiert, dass die EZB bei Wachstums- und Inflationsdifferenzen vorzugsweise auf die jährlichen Veränderungsraten abstellt, die relativ konstant gewesen sind. Dabei bleibt aber unberücksichtigt, dass sich die Effekte kumulieren: Steigen die Lohnstückkosten in einigen Ländern stark, wachsen die Unterschiede zu Ländern mit größerer Lohnzurückhaltung wie etwa Deutschland.

Tatsächlich sind die nominalen Lohnstückkosten nach Berechnungen des Handelsblatts seit Beginn der Währungsunion im Jahre 1999 in Portugal um 28,1 Prozent gestiegen, in Spanien um 21,4, in Italien um 21,0 und in Griechenland um 22,5 Prozent. In Deutschland betrug der Anstieg lediglich 2,5 Prozent. **Auf der Basis eines breit angelegten Preisindex, der die Außenhandelsbeziehungen berücksichtigt, hat Spanien gegenüber den anderen Euro-Ländern 13,7 Prozent an Wettbewerbsfähigkeit verloren, Italien 9,4 Prozent und Griechenland 8,7 Prozent. Dagegen hat Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit um 9,5 Prozent gesteigert.** Europa-Chefvolkswirt Mayer sagte, die betroffenen Staaten könnten ihre Konkurrenzfähigkeit nur über niedrige Preis- und Lohnsteigerungen zurückgewinnen. **„Schmerzlicher Prozess, den die Südländer nicht kennen“**

„Das ist ein sehr schmerzlicher Prozess, den die Südländer nicht kennen. Für sie ist das der Test, ob sie mit einer Hartwährung leben können.“ Auch aus Issings Sicht gibt es für die zurückgefallenen Mitglieder der Währungsunion keine Alternative zu einer Kurskorrektur. Er vertraut darauf, dass die Probleme, die die Politik selber geschaffen hat, im Zuge eines **„pathologischen Lernens“** entschärft werden.

Ökonomen weisen darauf hin, dass die Regierungen in Spanien und Portugal sich des Problems sinkender Wettbewerbsfähigkeit durchaus bewusst seien. Nach ihrer Einschätzung geht Premier José Sócrates entschiedener gegen die Konkurrenzdefizite vor als sein spanischer Kollege José Luis Rodríguez Zapatero. Der neuen italienischen Regierung unter Romano Prodi wird es nach Ansicht des Europa-Chefvolkswirts der Ratingagentur Standard & Poor's, Jean-Michel Six, allerdings kaum gelingen, Strukturreformen durchzusetzen. Die Regierung Prodi „hat nur eine dünne Mehrheit und wird sich daher schwer tun“, sagte Six.

21 Unsere Konzeption impliziert für die jetzige Phase des Kapitalismus die Separation bisheriger nationaler Gesamtkapitale zu geteilten regionalen Gesamtkapitalen entsprechend heutiger nationaler wirtschaftlicher Subkreisläufe. Damit werden dann neue Nationalstaaten ausgerufen. In einem weiteren Textmodul auf www.mxks.de: **Über die ungleichmäßige Entwicklungstendenzen der nationalen Gesamtkapitale in Europa und die Niedergangphase der Nationalstaaten** werden wir aufzeigen, wie weit die Zentrifugalkräfte des sich aus der Fläche zurückziehenden Kapitals Pandania, Mazedonien, Katalonien, Baskenland, Korsika, Flandern, Schottland und Bayern, B-Württemberg etc. aus ihren Nationalstaaten herausschleudern – wie es nicht nur Kroatien, Slowenien, sondern

Tschechien, den GUS-Republiken ... schon geschah. Die aktuell umkämpfte Anerkennung des Kosova öffnet die Büchse der Pandora. Der staatliche Zerfall erreicht die BRD als stärkste Wirtschaftsmacht der EU als letzte und verstärkt bis dahin ihre politische Dominanz auf Basis der zunehmenden Vasallenschar.

22 Newsletter vom 08.08.2007 - **Ganz vorn dabei**

BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Deutsche Unternehmen setzen ihren seit Jahren anhaltenden globalen Aufschwung auf Kosten europäischer Konkurrenten fort. Grundlage der Erfolge sind ungebrochen steigende Exporte. Während die Ausfuhren französischer, italienischer und spanischer Firmen unter der Euro-Stärke leiden, nehmen deutsche Unternehmen den geschwächten südeuropäischen Mitbewerbern Marktanteile ab. Pariser Proteste seien "ohne jede Chance", heißt es in Berlin über Bemühungen von Staatspräsident Nicolas Sarkozy, den Euro zum Schutz der französischen Wirtschaft politischer Einflussnahme zu unterwerfen. Politischen Einfluss nimmt Berlin hingegen zur Abschottung der deutschen Wirtschaft gegen Übernahmen aus Russland und der Volksrepublik China. Entsprechende Abwehrmechanismen sind Gegenstand einer Klausurtagung der Bundesregierung, die für Ende August angekündigt ist. Die dort zu beschließenden Schritte müssten EU-weit übernommen werden, um die Konkurrenzvorteile deutscher Firmen nicht zu gefährden, verlangt Berlin. Deutschland stellt inzwischen ein Sechstel der 50 weltgrößten Konzerne. mehr

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56956>

23 **Die Eigenzeit des kapitalistischen Krisenzyklus des Immobiliensektors** beträgt auf Grund der durchschnittlichen Gebrauchswert-Dauer kapitalistischer Bauwerke ca 30 Jahre. Je stärker die Boomphase durch Kreditvergabe getrieben wurde, umso stärker der nachfolgende Crash. So erschütterte das Platzen der Immobilienblase Japan 1990 das dortige Bankensystem bis ins Mark. Der Staat übernahm faule Immobilienkredite über 500 Mrd. \$ in eine Auffanggesellschaft, die noch heute großteils auf ihnen sitzt. Im HB heißt es:

„Investoren stürmen auf Japans Immobilienmarkt: Gebäudepreise in Tokio steigen erstmals seit 1990 an. Erstmals, seit die Immobilienblase vor 15 Jahren platzte, sind die Preise für Gewerbeimmobilien in den fünf größten Bezirken Tokios im vergangenen Jahr wieder gestiegen. Steigende Mieten und günstige Finanzierungskosten dürften den Anlegern in Tokio bessere Renditen bescheren als in Städten wie London und New York.“ – (Handelsblatt Nr. 063 vom 01.04.05 Seite 38)

Industrieller Krisenzyklus: Die durchschnittliche Zyklusdauer von zehn Jahren ist dem stofflichen Verschleiß des Anlagevermögens (bzw. der Umschlagszeit des fixen Kapitals) geschuldet. Zehn Jahre ist die Lebensdauer der industriellen Maschinerie im Durchschnitt. Deren Kapitalgewichtsanteil am gesellschaftlichen Gesamtkapital übertrifft den Gewichtsanteil des Immobiliensektors. UND: hier wird die MEHRWERTMASSE PRODUZIERT.

24 **Die letzte Geldklemme in USA/Europa war 1981** am Ende des industriellen Krisenzyklus 1974 – 1980. Der Zinssatz für Monatsgeld schoss in der BRD innerhalb Wochen auf 11% – 13%. Dann erweist sich Marxens Aussage (temporär) als wahr, dass sich das Geld- und Kreditsystem nie vom Gold als realer Unterlage (Goldware) loslösen kann (MEW 25, S. 619).

25 **Drei sehr zu empfehlende sites** (auch zum Weiterempfehlen)

wegen der Verständlichkeit ihrer ökonomischen und politischen Gegenwartsanalyse

Blog: Karl Weiss z. B.: Wann kommt die Wirtschaftskrise?

<http://karlweiss.twoday.net/stories/2939877/>

Ebenso kurze Artikel von: Guenther Sandleben

auf der website: www.proletarische-briefe.de

Ferner die website des think-tank www.leap2020.eu